Bezugspreis
vierteljährlich im Stadt-, Orts- und Nachbarortsverkehr Mk. 2.10, außerhalb Mk 2.30 einschließlich der Postgebühren. Die Einzelnummer des Blattes kostet 10 Pf. Erscheinungsweise täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Gegründet 1877.

Aus den Tannen

Amtsblatt für Altensteig, Stadt.
Allgemeines Anzeige- und Unterhaltungsblatt
Von der oberen Nagold.

Anzeigenpreis
Die 1spaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfennig. Die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen entsprechender Rabatt. Bei gerichtlicher Eintreibung und Konkursen ist der Rabatt hinfällig.

Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung für die O.-A.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Nr. 34 | Druck und Verlag in Altensteig. | Dienstag, den 11. Februar. | Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler. | 1919

Wider die Unvernunft!

Unter diesem Titel schreibt der sozialdemokratische Stadtrat A. Remmele in der „Mannheimer Volksstimme" u. a., für viele Gruppen des deutschen Volks bedeute die Revolution nichts weiter, als eine große Lohnbewegung. Erst haben die in der Kriegsindustrie beschäftigten Arbeiter mit Erfolg den Versuch unternommen, einen erheblichen Teil der von diesen Unternehmungen gemachten Kriegsgewinne unter sich zu verteilen. Das Reich ist so der Last enthoben, diese Gewinne zu Zwecken der Verringerung der Schuldenlast einzuziehen. Man vernahm nicht selten, wie wohl das den reaktionären Feinden der Republik tat, auf diese Weise „ihr" Geld in die Taschen der Arbeiter wandern zu sehen, anstatt es in Form einer Kriegsgewinnsteuer abgeben zu müssen.

Die gleichen Bestrebungen zeigten sich dann bei den Angestellten der Gemeinden und neuerdings auch bei den Staatsangestellten. Nicht darum handelt es sich bei unserer Betrachtung, daß auch diese Volksschichten einen Ausgleich erhalten müssen für die verteuerte Lebenshaltung (das ist selbstverständlich), sondern darum, daß die schnelle Aufeinanderfolge, die Höhe der gestellten Ansprüche und die Außerachtlassung der gewerkschaftlichen Grundsätze bei der Verfechtung dieser Interessen über das Maß des Erträglichen hinausgehen. Städte und Staat machten in den letzten paar Monaten zusammen genommen weit mehr Schulden, als sie das während des Kriegs in dreifach so langer Zeit fertig brachten. Die neuen Forderungen die z. B. in Baden auch bewilligt werden, verursachen dem badischen Staat eine Ausgabe von etwa 37 Millionen Mark. Die Jahreseinnahme der badischen Staatskasse aus Steuern beläuft sich auf 36 Millionen.

Um den durch diese Entwicklung der Revolution entstandenen und jeden Tag neu entstehenden finanziellen Anforderungen auch nur einigermaßen gerecht werden zu können, müssen neue Steuerquellen erschlossen werden. Dadurch aber werden bei der Größe des Finanzelends nicht nur die Begüterten getroffen, auch die Armen des Volks werden dabei in Mitleidenschaft gezogen. Denn der Staat setzt sich nicht nur aus begüterten Familien zusammen. Gewerbe, Handel und Industrie sind in ihrer Steuerkraft außerordentlich geschwächt, so daß auch das ein nicht zu unterschätzendes Weniger in der Wirtschaft des Staats und der Gemeinden darstellt.

Diesen Tatsachen muß man ins Auge sehen, so unangenehm das auch sein mag und so viel Feindschaft man sich zuzieht, wenn man sie glatt heraus ausspricht. Nicht die Freude an der Notenpresse und auch nicht jene am kommenden Staatsbankrott hilft dem Volk die bisherigen Erfolge der Revolution sichern, sondern nur die vernunftgemäße Anwendung der Gesetze und das Beschreiten des Wegs der sicheren Möglichkeiten. Nun die Nationalversammlung der gesetzgebende Faktor ist, muß man diesem die Möglichkeit geben, die Verantwortung für die weitere Entwickelung der Dinge zu übernehmen, und man darf nicht der vorläufigen Regierung bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Pistole auf die Brust setzen. Das ist Bolschewismus, dem Eingang zu verschaffen, so manche dunkle Existenz versucht. Was diesen Leuten aus einem zweiten Zusammenbruch für Vorteile winken, das sich zu erklären, wissen sie selbst nicht. Erst recht aber ist nicht ersichtlich, welche Vorteile das Volk, im Ganzen betrachtet, von der völligen Anarchie haben soll.

Will man also das Schlimmste verhüten, dann muß der Staat, und dann müssen auch die Gemeinden für neue Einnahmen sorgen.

Was uns jetzt nottut, ist: an den Abbau der Lebensmittelpreise heranzugehen. Wie aber soll dieses Beginnen Aussicht auf Erfolg haben, wenn die Produktionskosten und die Ausgaben für die Verwaltung in einem Maße steigen, das zur weiteren Hinaufschraubung der Preise für die Lebensbedürfnisse führen muß. Diese Preisentwicklung hat ja nachgerade ein Schnellzugstempo angenommen. Weitere Lohnforderungen müssen sich daraus ergeben, die aber nur wieder neue Verteuerung bringen können. Es wäre deshalb notwendig, daß wir so bald als irgendwie möglich vom Auslande Lebensmittel hereinbekommen. Billig werden diese ja nicht zu erhalten sein, immerhin aber dürfte die vorhandene Preisspannung schon ausreichen, ein Mehr der Werte zum Vorteil Deutschlands zu erzielen. Um nun aber die Einfuhr zu ermöglichen, müssen wir die Ausfuhr von Produkten gewährleisten können. Die Kohle ist ein Ausfuhrartikel von höchstwichtiger Bedeutung. Was könnte uns daraus nicht für ein riesenhafter Vorteil erstehen! Doch auch hier macht dem deutschen Volk die bei den Bergarbeitern mit Erfolg gezüchtete Anarchie einen Strich durch die Rechnung. „Was kümmert uns der Staat!", das ist jetzt das Feldgeschrei dieser Massen. Was in dieser Richtung vor sich geht, sieht so trübe aus, daß jede Hoffnung, die Vernunft zur Geltung kommen zu lassen, vorerst aufgegeben werden müßte, wenn es den Gewerkschaften nicht endlich gelingt, ihre arbeitslosen Mitglieder zu sammeln und mit ihnen unter Ausscheidung der im Trüben fischenden Leute eine disziplinierte Arbeitergruppe zu schaffen.

Volk und Volksvertretung.

Von Adolf Hahn, Stuttgart.

DPC. Die württembergische Landesversammlung und die deutsche Nationalversammlung haben ihre Arbeit begonnen. Jedes neugewählte Parlament begegnet in der ersten Zeit nach seinem Zusammentritt in der Bevölkerung einem besonders starken Interesse. Nach einiger Zeit aber pflegt das Interesse in weiteren Kreisen abzuflauen und nur noch verhältnismäßig wenige verfolgen weiterhin mit Aufmerksamkeit die Beratungen und Beschlüsse der Parlamente. Das soll in alle Zukunft nicht mehr so sein. Die Volksvertretungen müssen in ihrer Arbeit getragen sein von der immerwährenden Anteilnahme und dem unmittelbar lebendigen Interesse des Volks.

Heute ruht auf der Volksvertretung und jedem einzelnen ihrer Mitglieder eine solche Verantwortung, daß sie von ihnen gar nicht getragen werden könnte, wenn sie sich nicht ihrerseits in jedem Augenblick von dem Vertrauen des Volkes getragen wüßten. Bisher waren die Volksvertretungen sowohl des Reichs als der Einzelstaaten zum guten Teil „Wunschparlamente". Künftig liegt bei ihnen die eigentliche Regierungsgewalt. Sollen sie diese so ausüben, daß das Wohl von Volk und Land dadurch wirklich gefördert wird, so setzt das eine ständige Wechselwirkung zwischen Volk und Volksvertretung voraus. Sie ist so zu denken, daß sich die Volksvertretung in ständiger Fühlung mit den Bedürfnissen, Empfindungen und Stimmungen des Volkes hält und daß sie umgekehrt fortgesetzt das Volk in Fühlung erhält mit ihrem eigenen Arbeiten, seinen Beweggründen und seinen Zielen.

Das kann nicht durch die Presse allein geschehen. Dazu ist vielmehr vor allem die dauernde Fühlungnahme zwischen den Abgeordneten und ihren Wählern notwendig. Man macht es dem jetzigen Verhältniswahlverfahren zum Vorwurf, daß es diese Fühlungnahme erschwere oder unmöglich mache. Allein man wird zugeben müssen, daß es auch bei den früheren Bezirkswahlen einzelne Bezirke gab, die von ihren Abgeordneten bezüglich der dauernden politischen Aufklärungsarbeit vernachlässigt wurden, während andere Abgeordnete in dieser Hinsicht weit über ihren Bezirk hinaus mit Hingabe und Erfolg wirkten. Es wird auch bei dem jetzigen Wahlverfahren, das ja im übrigen nicht in allen Einzelheiten bestehen bleiben dürfte, wohl möglich sein, daß etwa durch Uebereinkommen zwischen den Abgeordneten einer Fraktion sich jeweils ein Abgeordneter für die politische Aufklärungsarbeit in einem bestimmten Gebiet verantwortlich fühlt und auch gleichsam als der besondere Vertrauensmann der betreffenden Gegend betrachtet. Dadurch wird beides, eine ständige Fühlungnahme zwischen Abgeordneten und Wählerschaft und eine planmäßige Bearbeitung des ganzen Landes erreicht. Eine Teilung des Landes in mehrere Wahlbezirke, wie es der demokratische Abgeordnete Dr. Hieber neulich in der Landesversammlung vorgeschlagen, würde die Fühlungnahme noch erleichtern.

Unbedingte Voraussetzung dabei ist eine starke parteipolitische Organisation. Immer wieder begegnet man da und dort wieder der Auffassung, als ob Parteibildung, Parteiarbeit und Parteikampf verwerfliche Dinge seien. Diese Meinung geht von ganz falschen Voraussetzungen aus und hat die Zeitverhältnisse in gar keiner Weise begriffen. Heute sind politische Parteien zur Vertretung bestimmter Staatsauffassungen und als Träger der politischen Bildungsarbeit eine unbedingte staatliche Lebensnotwendigkeit. Gerade durch die in der Partei geleistete Bildungsarbeit muß das Verständnis für die staatlichen Notwendigkeiten so geweckt werden, daß das Volk seinen Vertretern auch dann mit Vertrauen folgt, wenn das, was sie unter dem Zwang der Verhältnisse um des Wohles der Gesamtheit willen beschließen mußten, nicht immer einen sofort in die Augen springenden äußeren Vorteil für jeden einzelnen Volksgenossen in sich schließt.

Neues vom Tage.

Berlin, 10. Febr. Der Reichspräsident wird nach dem „Berl. Tageblatt" voraussichtlich im Schloß Bellevue in Berlin Wohnung nehmen. Außer dem Schloß Bellevue soll das Reichskanzlerpalais in Frage kommen. Außer einer festen Zuwendung sollen dem Präsidenten mehrere Hunderttausend Mark zu Repräsentationszwecken gewährt werden, doch werde die Gesamtsumme eine Million nicht erreichen.

Berlin, 10. Febr. Die „Voss. Ztg." schreibt: In dem Kampf um die Notverfassung scheinen die Vertreter der Einzelstaaten einen Sieg erfochten zu haben. Es handelt sich im wesentlichen um die Bestimmungen des § 4 des Entwurfs, dessen erster Absatz in der Vorlage lautet: „Die künftige Reichsverfassung wird von der Nationalversammlung verabschiedet. Es kann jedoch der Gebietsbestand der Freistaaten nur mit ihrer Zustimmung geändert werden." Wie aus den Fraktionssitzungen verlautet, hätten sowohl die Rechtsparteien wie das Zentrum und die Deutsche dem. Partei zum Teil die Streichung des ersten Satzes beschlossen.

Eichhorn hat erklärt, daß er von seiner Wahl zur Nationalversammlung Gebrauch machen wolle.

Protest der Beamten.

Berlin, 9. Febr. Der deutsche Beamtenbund hat in einem an die Nationalversammlung gerichteten Telegramm gegen die in zahlreichen Städten gegen die Beamtenschaft unternommenen spartakistischen Gewalttaten energisch protestiert.

Bund der Landwirte.

Berlin, 10. Febr. Die diesjährige Hauptversammlung des Bundes der Landwirte findet am 17. Februar im Kaisersaal des „Rheingold" in Berlin statt.

Die Wahlen in Sachsen-Koburg.

Koburg, 10. Febr. Bei den gestrigen Wahlen zur Landesversammlung wurden für die Mehrheitssozialisten 20558 Stimmen, für die gemeinschaftliche Liste der bürgerlichen Parteien und des Bauernbunds 14503 Stimmen abgegeben. Verschiedene Orte stehen noch aus. Sitze erhalten die Sozialdemokraten 7, die Demokraten 3 und die Deutsch-Nationalen (Bund der Landwirte) 1.

Von der Waffenstillstandskommission.

Die Engländer richten in dem von ihnen besetzten rheinischen Gebiet Zivilverwaltung ein.

Hamburg, 10. Febr. Das letzte in Deutschland interniert gewesene englische Handelsschiff, der Dampfer „Cosma", ist mit deutscher Mannschaft gestern nach England abgegangen.

Die Lebensmittellieferung für Deutschland.

Berlin, 10. Febr. Das Abkommen mit den alliierten Regierungen über die Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland ist am 8. Februar in Spaa nach dreitägiger Verhandlung unterzeichnet worden. Der oberste Ernährungsrat der Alliierten wird Vorsorge treffen, daß sofort rund 30000 Tonnen Schweinefett und -Fleisch und 250000 Kisten kondensierte Milch über Rotterdam nach Deutschland geliefert werden. Die Bezahlung dieser Mengen ist deutscherseits durch Gold und fremde Devisen (Wechsel) sicher gestellt. Im unmittelbaren Anschluß an diese Lieferungen wollen die Alliierten in Aussicht nehmen 200000 Tonnen Weizen und Weizenmehl und weitere 35000 Tonnen Schweinefett und Schweinefleisch zu liefern, wenn eine befriedigende Regelung der Bezahlung bei den am 12. Februar beginnenden Verhandlungen der Finanzkommission gefunden wird. Die Vertreter der Alliierten haben sich bereit er-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

führt, den Wunsch der deutschen Regierung für die Weiterversorgung Deutschlands bis zur neuen Ernte in Erwägung zu ziehen unter Voraussetzung befriedigender Bezahlung. Als Bedarf ist von der deutschen Regierung für die Monate März bis August ausschließlich angegeben worden: 400 000 Tonnen Weizen, 100 000 Tonnen Fette und Fleisch für jeden dieser Monate, ferner 1 Million Tonnen Mais oder andere Futtermittel für den ganzen Zeitraum. Die Erfüllung des Abkommens ist von den Vertretern der alliierten Regierungen ausdrücklich abhängig gemacht worden von der Annahme und von der Ausführung der Bedingungen, die sie uns betreffs der Abgabe der Handelsflotte auferlegt haben und noch weiter auferlegen wollen. Es ergibt sich, daß selbst bei Annahme dieser Bedingungen eine Sicherheit für den regelmäßigen Eingang der Lebensmittellieferungen nicht besteht. T.U.A.

Die Forderungen gehen weiter.

Bern, 9. Febr. „Journal" fordert außer der bereits bekannten Bedingung der Besetzung der Kruppschen Werke in Essen und der Fabriken in Westfalen noch die Ablieferung aller Waffen in Deutschland, Herabsetzung der deutschen Heeresbestände und scharfe Kontrolle der Alliierten über die Demobilmachung.

Im besetzten Gebiet.

Wiesbaden, 10. Febr. Der französische Kommandant hat befohlen, daß alle in Geschäfts- oder Privatbesitz befindlichen Bücher und Druckschriften, die irgend eine den Alliierten feindliche Bemerkung enthalten, bei der Bürgermeisterei abzuliefern sind, um beschlagnahmt zu werden.

Oberster Rat in Elsaß-Lothringen.

Bern, 9. Febr. Der „Temps" meldet, daß zur Regelung der Verwaltung von Elsaß-Lothringen sich bei der gelung der Verwaltung von Elsaß-Lothringen und um es den Elsaß-Lothringern zu ermöglichen, sich bei der französischen Regierung Gehör zu verschaffen, neben der schon 1915 errichteten Konferenz für Elsaß-Lothringen nunmehr auch ein oberster Rat für Elsaß-Lothringen geschaffen worden sei. In den Rat wurden u. a. ernannt: der Straßburger Professor Kiener, der Mülhausener Industrielle Dieg, der Bürgermeister von Metz Prevel, der französische Bürgermeister von Straßburg Peirotes, ferner Abbé Wetterle, Blumenthal und Langel. Die feste Organisierung soll erst nach Vornahme der Neuwahlen in einigen Monaten gelten.

Die Spartakisten.

Bremerhaven ist durch die 2. Landesschützenbrigade (Major Stobbe) besetzt worden.

Düsseldorf, 10. Febr. Die Stadt ist vom Verkehr nach außen fast ganz abgeschnitten; die Revolutionäre haben alle Aemter besetzt. Die Polizei streikt, da der Arbeiterrat sein Versprechen, den allgemeinen Ausstand zu beenden, nicht gehalten hat.

Erfurt, 9. Febr. In der Nacht zum Sonntag sind die Regierungstruppen eingezogen und haben die Jägerkaserne bezogen. Die öffentlichen und andere wichtigen Gebäude und der Bahnhof sind von Regierungstruppen besetzt.

Der Krieg im Osten.

Berlin, 10. Febr. Die Lage im Osten: (A.O.K. [illegible]-Ober-Kommando) Nord: Bei einem Vorstoß im Windau-Abschnitt wurde Tyrkichle von uns genommen. Die deutsche Besatzung soll bei der Eroberung der Stadt durch Bolschewisten restlos niedergemacht und eine Anzahl deutscher Kolonisten in Goldingen erschossen worden sein.

A.O.K. Süd: In allen Abschnitten für uns erfolgreiche Gefechte. Das 5. A.K. meldet: Ein polnischer Vorstoß gegen Rawitsch wurde abgewiesen. — Das 2. A.K. meldet: Das Dorf Radwonke südwestlich von Margonin wurde von den Polen in Stärke von 2 Kompagnien angegriffen. Das Dorf ging hierbei verloren; wurde aber später mit Artillerieunterstützung von uns wieder gewonnen. — Die Räumung der von uns noch besetzten Teile des russischen Gebiets an der Bahn Kowel—Brest-Litowsk ist bis hart südlich Brest-Litowsk durchgeführt. Westlich von Brest-Litowsk wurde ein starker polnischer Ueberfall abgeschlagen dank der ausgezeichneten Haltung der 3. Kompagnie des Freiwilligenbataillons 44. — Das 22. Reserve-Korps, das bisher in Brest-Litowsk lag, hat das Kommando an die 22. Landwehr-Division abgegeben und wird nach der Heimat abtransportiert.

Bromberg, 10. Febr. Wegen Hochverrats und Widerstands gegen die bewaffnete Macht hatten sich vor dem Kriegsgericht des Belagerungszustands 11 Polen zu verantworten, die in den Kämpfen bei Grüntal und Hopfengarten gefangen genommen wurden. Sie wurden insgesamt zu 45 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Angeklagten behaupteten, sie seien zum Kampf gegen die Deutschen gezwungen worden.

Die Stadtverordneten beschlossen, für die Truppen, die gegen die Polen kämpfen, eine Treueprämie von 300 000 Mk. auszuwerfen.

Berlin, 10. Febr. Vom deutsch-baltischen Nationalausschuß ergeht noch einmal der dringende und ernst Mahnruf an alle wehrfähigen Balten in Deutschland im Alter von 18 bis 42 Jahren, ihre Sonderinteressen bei Seite zu setzen und sich ungesäumt bei der deutsch-baltischen Landeswehr in Libau zu melden. Es gilt die Verteidigung des letzten strategisch und politisch wichtigen Punktes baltischer Erde.

*

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 10. Febr. Die Konferenz wird Deutschland und die Polen auffordern, die Feindseligkeiten einzustellen.

Paris, 10. Febr. General Franchet d'Espery hat sein Hauptquartier nach Konstantinopel verlegt.

Paris, 10. Febr. Der chinesischen Regierung wurde laut „Progrès de Lyon" von Japan vorgeschlagen, die Frage von Kiautschou, die die übrigen Konferenzmächte „nicht besonders interessiere", nicht auf der Friedenskonferenz zu erledigen, sondern zwischen Japan und China zu regeln.

Ein Erfolg Wilsons.

Paris, 9. Febr. (Havas.) Eine Entschließung, die auf Wilsons Vorschlag in der heutigen Sitzung durch den obersten Kriegsrat angenommen wurde, lautet: Der Waffenstillstandskommission in Spaa, die bisher ausschließlich aus militärischen Fachleuten der Alliierten zusammengesetzt war, sollen Zivilvertreter einer jeden verbündeten Regierung beigegeben werden, die das Recht haben, in direkte Beziehungen zu treten mit der Einrichtung, deren Schaffung gleichzeitig vom obersten Wirtschaftsrat beschlossen worden ist. Die in Paris aus 5 Mitgliedern gebildete Kommission würde während der ganzen Dauer des Waffenstillstands die wirtschaftlichen Fragen behandeln, wie z. B. Fragen des Finanzwesens, der Verproviantierung, der Blockade und der Rohstoffe.

Bern, 10. Febr. Nach französischen Blättern hat die Moral der amerikanischen Truppen in Frankreich bedenklich gelitten. Der Staatssekretär des amerikanischen Kriegsamts, Baker, hat vom Oberkommandierenden General Pershing einen eingehenden Bericht eingefordert. (Die Amerikaner möchte man jetzt, da sie ihre Schuldigkeit getan haben wieder raschestens los haben.)

Der internationale Sozialistenkongreß.

Bern, 8. Febr. Nathal Shannon (Irland) verlangt die Lösung der irischen Frage auf Grund des Selbstbestimmungsrechts. Müller (Deutschland) sagt, die deutsche Sozialdemokratie habe stets gegen die Mißstände in der Verwaltung der Kolonien und gegen die schlechte Behandlung der Eingeborenen protestiert. Die deutsche Republik müsse ihre Kolonien zurückhalten. Mistral (Frankreich) erklärte, niemand auf dem Kongreß verlange das völlige Verschwinden der Türkei.

In der Nachmittagssitzung brachte Henderson (England) eine Entschließung über internationale Arbeiterschutzgesetzgebung ein. Der Kongreß fordert u. a.:

1. Kinder unter 15 Jahren ist jede Erwerbstätigkeit zu verbieten.
2. Jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren dürfen nicht länger als 6 Stunden beschäftigt werden.
3. Die Arbeitszeit der Arbeiterinnen darf am Samstag 6 Stunden nicht überschreiten. Beschäftigung von Arbeiterinnen während der Nacht ist verboten. Einführung der Mutterschaftsversicherung ist mit einer Mindestentschädigung in Höhe des gesetzlichen Krankengelds in allen Staaten zur Pflicht zu machen. Für gleiche Arbeitszeit ist Frauen der gleiche Lohn wie Männern zu gewähren.
4. Die Arbeitszeit darf 8 Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich nicht überschreiten. Nachtarbeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr früh ist gesetzlich zu verbieten für alle Betriebe, die nicht ihrer Art nach oder aus technischen Gründen auf Nachtarbeit angewiesen sind. Der freie Samstag Nachmittag ist in allen Ländern anzustreben.
5. Arbeitern ist in jeder Woche eine zusammenhängende Ruhepause von mindestens 36 Stunden zu gewährleisten.
6. Die Arbeitsdauer in gesundheitsschädlichen Betrieben ist je nach dem Grad der Gefahr auf weniger als 8 Stunden festzusetzen.
7. Alle Gesetze und Bestimmungen auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes und der Koalition sind sinngemäß auf die Heimarbeiter der Industrie anzuwenden.
8. Gesetze und Verordnungen (Gemeindeordnung, Koalitionsverbot), die einzelne Arbeitergruppen in eine ungünstige Ausnahmestellung gegenüber den andern bringen, sind unzulässig.
9. Es ist eine Verordnung gegen Arbeitslosigkeit zu schaffen. Die Arbeiter sind von Staatswegen gegen Berufsunfälle zu versichern. Auswanderungsverbote und Einwanderungsverbote sind unzulässig.

Die Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Bern, 9. Febr. In der Nachmittagssitzung kam die Entschließung betr. Gebietsfragen zur Verhandlung. Grumbach (Elsaß) bat die deutschen Mehrheitsdelegierten um Aufklärung über die von Dr. David in Weimar abgegebene Erklärung. Die Erklärung Davids bedeute, Elsaß-Lothringen solle sein Selbstbestimmungsrecht haben im Rahmen Deutschlands. Diese Auffassung widerspreche der Haltung der deutschen Mehrheitsdelegierten auf der Berner Konferenz. Müller verwies darauf, daß die Forderung elsässischer Politiker auf Zutritt zu der Nationalversammlung in Weimar bereits zweimal abgelehnt worden sei. Das von Dr. David geforderte Recht der Selbstbestimmung für Elsaß-Lothringen liege im politischen Interesse der deutschen und französischen Sozialisten, weil nur dadurch eine feindliche Stimmung verhindert werden könne, wie sie in Frankreich von 1871 bis 1914 geherrscht habe. Renaudel lenkte die Aufmerksamkeit auf die deutschen Kolonien. Das deutsche Volk habe kein Kolonialreich nötig und infolgedessen müsse nach dieser Richtung auf die Pariser Konferenz Einfluß ausgeübt werden. Hierauf wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Der Kongreß nahm ferner eine Entschließung an, daß Kriegsgefangene nicht zurückbehalten werden dürfen.

Lesefrucht.

Was du Jrd'sches willst beginnen, heb' zuvor
Deine Seele im Gebet zu Gott empor.

Rote Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Nicht minder interessant erschien die junge Braut. War sie schon vorher der Mittelpunkt der Gesellschaft gewesen, so war sie jetzt, als zukünftige Herrin des größten und reichsten Majorats, eine noch viel interessantere Persönlichkeit geworden.

Sie sah heute abend wundervoll aus in der weißen, silbergestickten Tuchesserrobe und dem funkelnden Diadem in dem kastanienbraunen Haar. Dies Diadem war das Brautgeschenk des Grafen Rainer, und Josta trug es ihm zu Ehren und auf seinen Wunsch heute zum ersten Male.

Das Brautpaar mußte eine regelrechte Gratulationscour abnehmen. Man wußte auch, daß der Herzog und seine Gemahlin auf kurze Zeit erscheinen würden, um das Brautpaar zu ehren. Natürlich blieb die Stimmung formell, bis der hohe Besuch erschienen würde.

Man langweilte sich aber trotzdem nicht. Die Damen sahen sich fast die Augen aus nach der interessanten Erscheinung des Grafen Rainer und der nicht minder anziehenden und glänzenden seines jüngeren Bruders. Und die Herren hatten ihre Augenweide an der schönen Braut und an der Gräfin Gerlinde.

Die königliche Erscheinung der letzteren wurde gebührend bewundert. Sie hatte heute auf jedes Attribut der Trauer verzichtet und trug zum ersten Male eine farbige Robe. Es waren allerdings nur ganz zarte irisierende Töne in dem perlenfarbigen Seidenstoff, der von einer etwas kräftiger getönten perlengestickten Verschleierung überhaucht war, welche in schweren Perlenfransen endigte.

Sie trug ebenfalls ein kostbares Diadem aus Saphiren und Brillanten und ein dazu passendes Collier. Ihr goldschimmerndes Haar war mit Raffinesse so geordnet, daß es große Fülle vortäuschte. Diese Schmuckstücke waren ihr persönliches Eigentum und gehörten nicht zu dem Familienschmuck.

Gräfin Gerlinde entzückte alle, die mit ihr in Berührung kamen, durch ihren Charme und ihre geistvolle Plauderei. Die Herren drängten sich in ihre Nähe und huldigten ihr. Sie konnte wieder einmal Triumphe feiern.

Aber all diese Huldigungen ließen sie kalt. Sie hatte nur Augen und Sinn für einen Mann, in dieser festlichen Versammlung und dieser eine stand, zu ihrem grollenden Schmerz, so stolz und selbstverständlich neben seiner Braut, als gehörten sie schon für Zeit und Ewigkeit zusammen.

Endlich erschienen die höchsten Herrschaften mit ihrem Gefolge und machten in liebenswürdiger Weise die Runde durch den großen Festsaal, nachdem sie den Minister und das Brautpaar durch eine längere Ansprache ausgezeichnet hatten. Auch die Freifrau von Seydlitz und Graf Henning Ramberg wurden in eine Unterhaltung gezogen. Während dem erblickte die Herzogin die Gräfin Gerlinde, die etwas zur Seite stand.

Die hohe Frau machte ihren Gemahl darauf aufmerksam, und nun wurde auch Gräfin Gerlinde mit einer freundlichen Ansprache beehrt.

Ueber eine Stunde blieben die hohen Herrschaften und bewiesen durch ihr ganzes Verhalten, daß sie Exzellenz von Waldow und das Brautpaar ganz besonders auszeichnen wollten.

Erst nachdem die höchsten Herrschaften sich entfernt hatten, wurde die Stimmung ungezwungener und heiterer. Diener liefen umher und reichten Erfrischungen herum und bald darauf begann die Tafel.

Der Minister führte Gräfin Gerlinde zu Tisch, und an ihrer anderen Seite nahm Graf Rainer mit seiner Braut Platz. Graf Henning saß dem Brautpaar gegenüber. Seine Tischdame war die junge Komtesse Solms, ein zierliches, brünettes Persönchen, etwas Zigeunertyp. Sie war sehr lustig, und als ihr Graf Henning seine Verwunderung aussprach, daß sie, als die Tochter so urgermanisch blonder Eltern, so schwarzes Haar und so dunkle Augen habe, sagte sie lachend:

„Das ist eine schlimme Geschichte, Herr Graf. Mama behauptet immer, ich sei flachsblond auf die Welt gekommen und mein Vater behauptet dasselbe. Da bleibt nur eine Erklärung — die Zigeuner haben mich vertauscht."

Graf Henning lachte mit, aber es war nicht sein altes, sonniges Lachen, es klang fast ein wenig nervös.

„Ich glaube, gnädigste Komtesse, Sie verleumden die armen Zigeuner. Vielleicht ist durch irgendeine Ahnfrau ein romanischer Einschlag in das germanische Blut der Grafen Solms gelangt."

„Und ich bin nun der arme Sündenbock, der dafür büßen muß! Ganz recht, eine Gräfin Solms hat spanisches Blut in ihren Adern gehabt, und seither ist immer einmal ein Schwarzkopf unter den Solmsschen Blondköpfen aufgetaucht. Meine beiden Brüder sind flachsblond. Ich bin aber in jeder Beziehung das bete noir der Familie — schwarz bis ins Herz hinein."

Die kleine Komtesse war sehr amüsant, wenn sie auch nicht schön war. Und da sie sehr lebhaft plauderte, brauchte sich Graf Henning nicht anzustrengen. Es blieb ihm Zeit genug, seine Blicke wieder und wieder zu Josta hinüberschweifen zu lassen.

Gräfin Gerlinde konnte ihn gut beobachten von ihrem Platze aus und sie registrierte jeden seiner Blicke auf Josta.

So sehr sich Graf Henning auch in der Gewalt hatte und so voll guter Vorsätze er auch war, so konnte er es doch nicht hindern, daß sein Blick wieder und wieder in heißer Bewunderung aufleuchtete, wenn er in Jostas süßes ernstes Antlitz sah.

Und dieses Aufleuchten in Graf Hennings Augen freute Gräfin Gerlinde sehr.

Sie nahm übrigens Graf Rainer bei der Tafel reichlich in Anspruch und suchte ihn immer wieder in ein interessantes Gespräch zu verwickeln. Er war jedoch nicht sehr dankbar für dieses Bemühen. So gern er sonst mit ihr plauderte, heute fesselte ihn Josta viel mehr, trotzdem sie sich durchaus nicht bemühte, ihn von Gräfin Gerlinde abzulenken. Aber sie erschien ihm so hold und reizend, trotz ihrer ruhigen, stolzen Art, daß er sich ihr immer wieder zuwandte, um nur in ihr schönes Gesicht blicken zu können. Und wenn sie ihn anlächelte und es sich gefallen ließ, daß er sie mit allerlei kleinen Aufmerksamkeiten umgab, so war er beglückt.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Zu dem Punkt: Diktatur und Demokratie legte Branting eine Entschließung vor, die die Revolution in Rußland, Oesterreich und Deutschland begrüßt. Sie fordert die Arbeiter aller Länder auf, demokratisch-revolutionäre Einrichtungen zu entwickeln, in deren Rahmen die sozialistische Umgestaltung sich vollziehen kann. Die Konferenz stehe unerschütterlich auf dem Boden der Demokratie. Sie bezeichnet jeden Versuch einer kleinen Mehrheit des Proletariats, eine Diktatur auszuüben, als gefährlich. Das könne nur zur Aufreibung des Proletariats und zum Bürgerkrieg führen.

Internationale Gewerkschaftskonferenz.

Bern, 10. Febr. Janson empfahl das Programm über die Arbeiterfragen, dessen Durchsetzung in Paris erreicht werden könne, wenn die politische sozialistische Internationale ihre Unterstützung leihe. Mac Durk (England) erklärte die Zustimmung zu dem Programm. Arbeitsminister Kunfi (Ungarn) sagte, die Lage der Arbeiterschaft hänge völlig davon ab, wie der in Paris geschlossene Frieden aussehen werde. Gegen die von den französischen Delegierten eingebrachte Entschließung zum Völkerbund wandten sich die österreichische und die holländische Delegation mit der Begründung, daß die Gewerkschaften sich nicht mit politischen Fragen zu befassen hätten.

Kohlenmangel.

Berlin, 10. Febr. Industriellen Betrieben in Berlin wurde amtlich mitgeteilt, daß es vorläufig nicht mehr möglich sei, sie mit Kohlen zu beliefern.

Berlin, 10. Febr. Nach der „B. Z." erfreut sich der ehemalige Polizeipräsident Eichhorn des Schutzes der unabhängigen Regierung in Braunschweig.

Danzig, 10. Febr. Der Eisenbahnverkehr Berlin-Königsberg ist seit gestern mittag unterbrochen, da in Marienburg ein Streik unter den Eisenbahnern des Betriebsdienstes herrscht.

Die Aufgabe der Polen.

Berlin, 10. Febr. Die „Neuyork Tribune" schreibt: Die Polen haben keine Befugnis nach Berlin zu marschieren. Sie sollten ihr Gesicht indessen gegen Warschau wenden. Deutschland ist nicht mehr im Krieg. Die wahre Aufgabe Polens liege im Osten, nicht im Westen.

Clemenceaus Begründung der weiteren Bedrückungen.

Paris, 10. Febr. In einer Unterredung mit einem Vertreter der „Associated Preß" sagte Ministerpräsident Clemenceau u. a.: Der Krieg sei gewonnen. Es wäre aber vielleicht genauer, wenn man sagen würde, daß eine Ruhe im Sturm eingetreten sei. Mindestens müsse man alle Möglichkeiten ins Auge fassen. Frankreich sollte nicht nur militärisch, sondern auch in Handel und Industrie vernichtet werden. Die französische Industrie könne nur schwer ins Leben zurückgerufen werden, während Deutschland alle seine Werke unversehrt gehalten habe. Darin habe Preußen gesiegt. Auch sei es für Deutschland sehr vorteilhaft, daß es während des Krieges keine Schulden im Ausland zu machen brauchte. Auch hinsichtlich des militärischen Sieges sei die Lage für Frankreich beunruhigend. Aus dem Bolschewismus könne Deutschland ungeheure Kräfte ziehen (!), noch dazu, wenn die englische Armee demobilisiert sei und die Amerikaner nach den Vereinigten Staaten zurückgekehrt seien. Allerdings habe Wilson beruhigende Erklärungen abgegeben.

Der Ausstand.

Berlin, 10. Febr. Der „Berl. Lok.-Anz." meldet: Das Eisenbahnpersonal in Triest hat den Dienst verweigert. In Rom hat das Personal aller Zeitungsdruckereien, mit Ausnahme des „Avanti" und des „Giornale del Popolo", die Arbeit eingestellt.

Berlin, 10. Febr. Die schnelle Abreise Lloyd Georges von Paris nach London hängt nach der „B. Z." mit den Arbeiterunruhen in England zusammen, an denen auch entlassene Soldaten teilnehmen. Die Regierung suche nun die Demobilisierung wieder zu verlangsamen und inzwischen ein Freiwilligenheer von 900 000 Mann mit hohem Sold als Besatzungsheer in Deutschland, Rußland und in der Türkei, sowie zur Aufrechterhaltung der Ordnung in England anzuwerben.

Die Bolschewisten.

London, 10. Febr. Aus Helsingfors wird gemeldet, daß die Schreckensherrschaft in Rußland fortdauere. In Moskau befindet sich ein chinesisches Bataillon, das sich nur mit Hinrichtungen von Bürgern befaßt. Die Nahrungsmittel und Kleiderstoffe sind fast nur für die Bolschewisten erhältlich. Petersburg zählt augenblicklich noch etwa 700 000 Einwohner (vor dem Kriege 1½ Millionen).

Die Tschechen in Ungarn.

Budapest, 10. Febr. Nach einer Meldung des Ungar. Korr.-Bur. ließ der tschecho-slovakische Kommandant in Privigye (Privitz) alle Nahrungsmittelvorräte beschlagnahmen, als sich die slovakische Einwohnerschaft in der Abstimmung für den Anschluß an Ungarn entschied. Eine Abstimmung in Wenet-Prona (Deutsch-Proben) hatte ein ähnliches Ergebnis.

Der infolge des gewalttätigen Verhaltens der tschecho-slovakischen Behörden in den besetzten Gebieten Oberungarns ausgebrochene Streik dehnt sich auch auf Kassau aus, wo die Arbeiterschaft, die Verwaltungsbehörden, sowie die Post und die Eisenbahn in den Ausstand getreten sind.

Die Umwälzung in Portugal.

Lissabon, 9. Febr. (Reuter.) Die Republikaner eroberten die Städte Lamego und Vizeu.

Wie Kautsky sich die Sozialisierung denkt.

TPC. Der „Freiheit", dem Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie, vom 28. Januar liegt als Beilage ein von Karl Kautsky am 12. Januar 1909 aufgestelltes sozialistisches Aktionsprogramm bei. Darnach bilden für ihn die Hebung der Produktion und die Produktion selber die Vorbedingung jedes Versuchs einer Sozialisierung der Produktion. Es gilt, die Arbeiter arbeitsfähig zu machen durch Lieferung von Lebensmitteln und der Industrie Rohstoffe zuzuführen. Ein Arbeiter, der sich ohne triftigen Grund weigert, Arbeit in einem Betrieb anzunehmen, für den er vorgebildet ist, muß nach Ansicht von Kautsky seinen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung verlieren. Produktionszweige, deren sofortige Sozialisierung nicht möglich ist, sollen, soweit sie dazu geeignet sind, durch den Staat zwangsweise syndiziert werden. Die Sozialisierung läßt sich nur schrittweise durchführen. Zur Verstaatlichung von Grund und Boden sagt Kautsky: „Man kann den Grund und Boden, soweit er in großen Betrieben bewirtschaftet wird, ohne weiteres verstaatlichen und die auf ihm oder in ihm befindlichen Betriebe zunächst in der bisherigen Weise weiter wirtschaften lassen." Die Betriebsinhaber werden dadurch nur aus Grundeigentümern in Pächter verwandelt, die Produktion aber wird nicht im mindesten gestört. Nach Ansicht von Kautsky steht nach dem Friedensschluß „nichts im Wege, ohne weiteres sämtliches großes Grundeigentum an Bergwerken, Wäldern und großen Gütern (etwa über 100 Hektar), sowie sämtlichen städtischen Grundbesitz (ohne die darauf stehenden Häuser) zu Staatseigentum zu erklären, gegen eine noch festzusetzende Entschädigung". Für Bergwerksregale, fürstliche Besitztümer und die meisten Fideikommisse bedarf es einer Entschädigung nicht: „die auf dem staatlichen Grund und Boden stehenden Betriebe sind nach und nach zu sozialisieren. Bei den Waldungen, bei den Bergwerken und Latifundien, den landwirtschaftlichen Riesenbetrieben, würde es keiner langen Vorbereitungen bedürfen". Nach Möglichkeit sollen nicht vereinzelte Betriebe, sondern ganze Industriezweige verstaatlicht werden. Es ist nicht zweckmäßig, das bäuerliche Grundeigentum zu enteignen. Es genügt einstweilen, daß der Staat sich bei jeder Besitzveränderung von Grund und Boden das Vorkaufsrecht wahrt, „um nach und nach allen Grundbesitz in seine Hände zu bekommen." Die Zerschlagung der Großbetriebe in Zwergbetriebe hält Kautsky für einen Rückschritt.

Französische Maßnahmen im besetzten Saargebiet

Von Gustav Hartmann, Mitglied der Nationalversammlung.

TPC. Den Arbeitern geht es unter der Herrschaft der Ententeregierungen menschlich übler, als unter der früheren Regierung in Deutschland. Im Saargebiet sind die Löhne der Bergarbeiter um rund 5 Mark je Schicht herabgesetzt und die Arbeitszeit mit Einführung eines Arbeitszwanges verlängert worden. Damit hat die Kohlenförderung den Stand vor dem Kriege teilweise überschritten. Die katholische Arbeiterschaft hat den Dreikönigstag am 6. Januar unter der alten Preußenherrschaft stets feiern dürfen. In diesem Jahr ließ die französische Militärverwaltung den Betrieb in vollem Umfang durchführen, weil die Kohlennot dazu zwinge. Trotzdem war ein großer Teil der Belegschaft der Gruben „Velsen" nicht angefahren. Darauf hat der Kommandant des französischen Grubendienstes angeordnet, daß die ohne Entschuldigung Feiernden nach den Bestimmungen der Arbeitsordnung zu bestrafen sind.

Des weiteren ist der im Saargebiet den Arbeitern bisher gewährte Erholungsurlaub aufgehoben bezw. eingeschränkt worden. Der französische Grubenüberwachungsdienst hat bestimmt, daß Erholungsurlaub nur dann gewährt werden darf, wenn nach Füllung sämtlicher Haldenplätze bei Wagenmangel die Belegschaft sonst Feierschichten verfahren müßte. Diese Maßregel ist einer völligen Aufhebung des Erholungsurlaubs gleich zu erachten.

Mehrmonatige Gefängnis- und hohe Geldstrafen sind über Leute verhängt worden, die sich gegen Angehörige des französischen Heeres ungebührlich benommen oder sie beleidigt haben. Es wird die Drohung ausgesprochen, daß die französischen Militärbehörden mit äußerster Strenge zufassen werden, wenn solche Vorkommnisse nicht aufhören. In solchen Fällen hat auch die Stadt Saarbrücken eine Reihe von Strafen zahlen müssen, weil die Täter nicht entdeckt werden konnten. Kennzeichnend für die gegenwärtige Lage ist auch eine Aeußerung des französischen Minister Lonsheur, wonach der französische Staat Aktionär jener Bergwerke werden würde, an denen der deutsche Staat finanziell beteiligt gewesen sei. Wenn also jetzt in der von den Spartakisten gewünschten überstürzten Art die Verstaatlichung des Bergbaus in Deutschland stattfinden sollte, dann würde nicht die Gesamtheit unseres Volkes den Nutzen hieraus ziehen, sondern die Entente, die auf unser Staatseigentum sofort ihre erbarmungslose Hand legt.

Landesnachrichten.

Altensteig 12. Februar 1919.

— **Die Erzeugerrichtpreise für Frühgemüse** beschränken sich in diesem Jahre auf Erbsen, Bohnen, rote Möhren und Karotten, Kohlrabi, Frühweiß-, Frühwirsing- und Frührotkohl sowie Frühzwiebeln. Für Spargel, Rhabarber, Spinat, Mairüben, Tomaten, Gurken und Kürbis werden in diesem Jahre keine Richtpreise festgesetzt. Besonders zu beachten ist, daß für kleine runde Karotten keine besonderen Höchstpreise mehr festgesetzt werden. Sie fallen unter den gleichen Preis wie rote Möhren und längliche gelbe Rüben. Diese Maßnahme bezweckt, daß der Anbau der kleinen runden Karotten mit Rücksicht auf den geringen Ertrag nicht unterstützt werden soll. — Für Frühobst werden in diesem Jahre weder Richt- noch Höchstpreise erlassen werden.

— **Freigabe.** Da die Versorgung für das Feldheer wegfällt, ist der Verkehr mit Dörrgemüse und Sauerkraut freigegeben worden.

— **Ueber Erhöhung der Kriegsbeschädigtenunterstützung** ist zwischen den Führern der Fraktionen in der deutschen Nationalversammlung in Weimar gutem Vernehmen nach eine Einigung erzielt worden. Die Bezüge der Kriegsbeschädigten werden demnach voraussichtlich eine nicht unwesentliche Verbesserung erfahren.

Die Rangabzeichen. Die Verwaltungsabteilung des bayer. Kriegsministeriums gibt die neuen Rangabzeichen für das bayerische Heer bekannt. Sie bestehen in Streifen von hellblauem Besatztuch die auf der feldgrauen Uniform angebracht werden. Die Abzeichen zerfallen in eine Klasse schmaler und drei Klassen breiter Streifen. Die Verteilung ist folgende: Unteroffizier 1 schmaler Sergeant und Jähnrich 2 schmale, Vizefeldwebel 3 schmale Feldwebel und Offizierstellvertreter 4 schmale Streifen. Leutnant und Feldwebelleutnant 1 breiterer, Oberleutnant 1 breiterer und 1 schmaler, Hauptmann 1 breiterer und 2 schmale Streifen. Major 1 breiter, Oberstleutnant 1 breiter und 1 schmaler, Oberst 1 breiter und 2 schmale Streifen. Generalmajor 1 ganz breiter Generalleutnant 1 desgl. und 1 schmaler, General der Infanterie 1 desgl. und 2 schmale Streifen.

— **Ablieferung von Schlachtvieh.** Noch vor einigen Wochen mußten die Landwirte vor Ueberlieferung von Schlachtvieh gewarnt werden. Und jetzt ist bereits eine Stockung in der Ablieferung eingetreten. Der Bedarf, der damals infolge des geminderten militärischen Bedarfs stark zurückging, ist heute wieder größer, schon infolge der Erhöhung der Ration.

— **Die Gasthauswäsche.** Das Verbot für die Inhaber von Gastwirtschaften usw. bezüglich der Darreichung von Mundtüchern und der Bedeckung der Tische besteht nach wie vor. Verfehlungen dagegen werden immer noch mit der Enteignung der Bestände der Tischwäsche bestraft.

— **„3 Mark in der Woche!"** In der „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung" erzählt Dr. E. Steinitzer folgendes Geschichtchen: Zu einem Arbeitgeber kommt einer seiner Arbeiter, der bisher mit seinem Lohn zufrieden war und erklärt: „Für 3 Mk. die Woche kann ich nicht arbeiten!" „3 Mk. die Woche?" fragt erstaunt der Unternehmer. „Na, ja; ich, meine Frau und meine Kinder bekommen wöchentlich zusammen 102 Mark Erwerbslosenunterstützung. Sie bezahlen mir aber 105 Mk. Lohn; für die 3 Mk. kann ich doch nicht die ganze Woche arbeiten!"

Ebhausen, 11. Febr. (Schenkung.) Anläßlich der Verleihung des Ehrenbürgerrechts überwies Fabrikant Schickhardt neben Geschenken an seine Arbeiter der Gemeinde Ebhausen für die Errichtung einer Kleinkinderschule 5000 ℳ in Kriegsanleihe.

Calw, 10. Febr. (Versteigerung von Heeresgut.) Am Samstag wurde auf dem Brühl und in der Turnhalle eine große Zahl von Heeresgütern, bestehend aus Wagen und sonstigen Ausrüstungsgegenständen, öffentlich versteigert. Die Güter lagerten schon seit der Demobilmachung auf dem freien Platz und unterstanden dem Schutze einer Wachmannschaft. Die Versteigerung ging flott vonstatten und es wurden sehr gute Preise erzielt. Die Zahl der Käufer war außerordentlich groß; auf dem bestbesuchtesten Markte waren noch nie so viele Kaufslichhaber vorhanden, wie bei dieser Versteigerung. Sämtliche Gegenstände wurden verkauft und nach allen Richtungen zogen die Käufer mit ihren Wagen, darunter gefälligen Gesellschaftswagen davon. Von der Stadtgemeinde wurde eine Feldküche erworben.

* **Freudenstadt,** 6. Febr. Auf 2. Nov. 1918 war von der städt. Waldinspektion ein Submissionslangholzverkauf ausgeschrieben, zu dem ein Angebot nicht erfolgte. Bei dem nunmehr von der Waldinspektion mit gemeinderätlicher Genehmigung vorgenommenen freihändigen Verkauf von 1146 Fm. Stammheiz wurden 58 120 ℳ geboten, was bei einem Ausbot von 51 913 ℳ einem Erlös von 112% gleichkommt. Nach der Aeußerung des Oberförsters Grammel entspricht dieser Erlös demjenigen anderer Städte. Daß wir wieder Preise erzielen, wie in den letzten 2 Jahren, davon könne keine Rede sein. Vom Gemeinderat wurde auf Antrag der Waldinspektion mit Stimmenmehrheit beschlossen, das erzielte Angebot anzunehmen.

(-) **Stuttgart,** 10. Febr. (Aus dem Parteileben.) Am 8. und 9. Februar hatten sich im Gewerkschaftshaus aus 68 Orten 136 Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie versammelt, um über die Aufgaben der nächsten Zeit zu beraten. Crispien berichtete über die gegenwärtige politische Lage und die Aufgaben der Partei, Schepperle über die Frage der Agitation und der Organisation. Es wurde beschlossen, eine Pressekommission einzusetzen. Der nächsten Landeskonferenz soll ein Entwurf für den Neuaufbau der Organisation vorgelegt werden.

(-) **Stuttgart,** 10. Febr. (Kundgebung.) Eine von der Deutschen Friedensgesellschaft eingeladene Versammlung im Sieglehaus, in der General Graf Montgelas-München sprach, faßte eine Entschließung, die den Völkerbund begrüßt unter der Voraussetzung, daß allen Mitgliedern volle Gleichberechtigung zukomme. Von der Nationalversammlung wird erwartet, daß sie für diese Forderung eintrete.

(-) **Stuttgart,** 10. Febr. (Die Auslandsdeutschen.) Am Samstag fand eine Versammlung der Auslanddeutschen im Lindenmuseum statt. Auf eine frühere Anfrage war von Staatssekretär Erzberger die Antwort eingegangen, die Waffenstillstandskommission vertrete die Wünsche der Auslanddeutschen mit Entschiedenheit; zu den Vorbereitungen des Friedens sollen Vertreter beigezogen werden. Die Versammlung beschloß die Bildung

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

eines Vertrauensmanns aus den Kreisen der Auslanddeutschen, der dem deutschen Auslandinstitut beigegeben werden und sich an die Organisation in Berlin anschließen soll.

(-) **Gmünd**, 10. Febr. (In den Ruhestand.) Oberschulrat Dr. Möhler, Vorstand des Lehrerseminars Gmünd ist in den Ruhestand getreten.

(-) **Hall**, 10. Febr. (Ein Schwindler.) Ein angeblicher Gotthilf Steinhilber von Alfdorf, OA. Welzheim, der sich zu einem Gutsbesitzer in Untermünkheim als Knecht verdingt hatte, erbat sich von seinem neuen Dienstherrn Pferd und Schlitten, um seinen Koffer auf dem Bahnhof in Hall abholen zu können. Der Knecht ist jedoch mit dem Gefährt flüchtig gegangen.

(-) **Waldsee**, 10. Febr. (Tragisches Ende.) Der 57 Jahre alte Seilermeister Strobel von Obererbach wurde von seinem 27jährigen vom Feld heimgekehrten Sohn beim Probieren einer Browningpistole so unglücklich in den Unterleib geschossen, daß er nach 2½ Stunden starb.

Das Gemeindenotgesetz.

DPC. Der Gemeindegesetzausschuß der Landesversammlung hat in zwei Sitzungen die erste Beratung des Notgesetzes beendet. Der Notcharakter hat sich auch auf die Behandlung des Gesetzes übertragen. Wenn es auch nur ein Notgesetz ist, so wird es im eigenen Interesse notwendig sein, es gründlich durchzunehmen. Dr. Wölz von der D. d. P. hat denn auch mit Recht gefordert, das Gesetz bei der zweiten Lesung gründlicher zu beraten.

Bei der Behandlung des Wahlrechts hat die bürgerliche Mehrheit das aktive Wahlalter mit der bürgerlichen Mündigkeit zusammengelegt. Die Frage des Wahlalters wird aber von der Nationalversammlung endgültig festgelegt, denn es ist ein Unding für die politischen Reichswahlen ein anderes Wahlalter zu haben, als für die Landes- und Gemeindewahlen. Interessant ist aber die Bemerkung eines Sozialdemokraten, ergebe die Nationalversammlung eine Mehrheit für das 21. Lebensjahr, so werde seine Partei sich für das Land auch nicht dagegen stemmen. Auch das Verlangen einer gewissen Wohndauer wird wohl dem Gesetz einverleibt werden. Am umstrittensten ist der Artikel 3 des Entwurfs. Die Aufhebung des Bürgerausschusses wird wohl nicht aufzuhalten sein. Die Bedenken dagegen, die namentlich aus den Stuttgarter Erfahrungen kommen, werden aber wohl an seiner Stelle irgend ein anderes kontrollierendes Organ schaffen, ob in Form eines Verwaltungsausschusses, wird sich erst zeigen. Auch die Frage des Akteneinsichtsrechts, das seither der Bürgerausschußobmann hatte, wird hier geregelt werden müssen. Die Zahl der Gemeinderatsmitglieder wird überall eine Erhöhung erfahren gegenüber dem Entwurf; das wird den Bedürfnissen der Bezirke entsprechen, während der Entwurf mehr vom Standpunkt der Verwaltung aus die Frage behandelte. Außer wahltechnischen Gründen, die aber nicht den Ausschlag geben dürfen, spricht vor allem die Beratungsmöglichkeit der Kommissionen hiefür. Eine zu starke Erhöhung würde andererseits die Arbeitsfähigkeit des Kollegiums nur erschweren. Die Wahlen selbst werden wohl im Mai an einem Sonntag stattfinden. Sie werden bis zu den Gemeinden 2. Klasse herab nach dem Verhältniswahlverfahren stattfinden. Bei kleineren Gemeinden kommt das Recht der Minderheiten kaum mehr in Betracht, denn je kleiner die Gemeinde, umso weniger wird Partei oder Berufsstand gewählt, sondern vielmehr die Person. Wenn das Verbot des Panachierens wirklich durchgeht, so werden nicht bloß die Zähler darüber erfreut sein, auch im Interesse der politischen Reinlichkeit ist es zu begrüßen. Das Kumulieren genügt, um seinen Widerwillen gegen einen Kandidaten des Zettels auszudrücken. Die gebundenen Listen haben schon bei den politischen Wahlen große Mängel erwiesen, für Gemeindewahlen sind sie erst recht unannehmbar. Daß ferner alle 3 Jahre die Hälfte der Mitglieder neugewählt werden soll, statt alle 2 Jahre ein Drittel, verbürgt eine größere Stetigkeit und schafft wahltechnisch eine bessere Möglichkeit von Sonderberücksichtigungen.

Das sind die Hauptpunkte, um die sich die Entscheidung dreht; die Behandlung des Notgesetzes hat bis jetzt schon gezeigt, daß mit Schlagworten nichts gelöst ist, eine Reihe von Fragen werden im Rahmen des Notgesetzes nicht zu ihrem Recht kommen, bei der definitiven Regelung der Gemeindeordnung werden sie aber gründlich lich vorzunehmen sein, wenn diese von dauerndem Nutzen sein soll.

Unsere Zeitung bestellen!

Vermischtes.

Auch ein Streik. Bei der von unabhängigen Sozialisten und Anarchisten veranstalteten Trauerfeier für Liebknecht, Rosa Luxemburg und Franz Mehring in München sind die zu Musikvorträgen bestellten Künstler weggeblieben.

Die Frau in der Nationalversammlung. In Weimar sind unter den 421 Abgeordneten 36 Frauen in die Nationalversammlung eingezogen. Davon entsandte die Sozialdemokratische Partei 13, das Zentrum 7, die Deutsche demokratische Partei 5, die Deutschnationale Volkspartei (Konserv.) 3, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei 3, die Deutsche Volkspartei (Natl.) 1. Diese 36 Frauen vertreten folgende Berufe: Schriftstellerin 1, Schriftstellerinnen 4, Lehrberuf 6 (2 Schulvorsteherinnen, 1 Mittelschullehrerin, 2 Oberlehrerinnen, 1 Volksschullehrerin), soziale Berufe 6 (Parteisekretärin, 2 Sekretärinnen, 2 Gewerkschaftsbeamtinnen), 8 Hausfrauen ohne weitere Angaben.

41 französische Generale sind nach amtlicher Meldung während des Kriegs gefallen.

Das Haupt der Mormonen gestorben. Der Mormonenhäuptling Josef Schmitt (junior) ist im Alter von 80 Jahren im Staate Utah (Vereinigte Staaten von Amerika) gestorben und hinterläßt 5 Witwen, 43 Kinder und 90 Enkel. Er war als Neffe des ersten Mormonenprophyten gleichen Namens 1838 im Staat Illinois geboren, wo sein Vater und sein Onkel gelyncht worden waren. Oberhaupt der Mormonensekte in Utah wurde er 1901. Wegen seiner Vielweiberei wurde er mehrmals von der Regierung der Vereinigten Staaten gestraft, doch immer nur verhältnismäßig gering. Er war ein geriebener Geschäftsmann, was sowohl sich, wie seiner Sekte gewaltige Summen eingebracht hat.

Die Gasvergiftung im Eisenbahnwagen. Der „Nouvelliste de Lyon" veröffentlicht eine Mitteilung der französischen Eisenbahngesellschaft, wonach man in den Ueberresten des einen der verbrannten deutschen Wagen bei Rantenil Teile eines Uhrwerks gefunden habe, das von der Explosion teilweise zerstört und zweifellos im Wagen gewesen sei. Man glaubt, hierin die Erklärung für das bereits gemeldete Eisenbahnunglück gefunden zu haben. Wie das Blatt weiter erfährt, sei dieser seltsame Brand nicht der erste derartige Vorfall, den man auf den französischen Eisenbahnen seit der Ablieferung des deutschen Materials zu verzeichnen habe. Man habe schon verschiedene Brandstellen in Eisenbahnwagen gefunden und Untersuchungen seien im Gang. Schon am 18. Januar habe der Generalstab die Eisenbahnbehörden zu einer scharfen Untersuchung des abgelieferten deutschen rollenden Materials aufgefordert.

Die Russen. Dieser Tage wohnten im Hoftheater in Kassel zwei russische Offiziere (Kriegsgefangene) in voller Uniform der Vorstellung in der ehemaligen Kaiserloge bei. Auf den Protest der übrigen Besucher lehnte Oberregisseur Sieg es ab, einzuschreiten. Jedermann könne für sein Geld die Kaiserloge mieten.

Die schwarzen Pocken sind in Neukölln (Rixdorf) bei Berlin festgestellt worden.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lauk.

Altensteig-Stadt.

Aus Restbeständen werden von **Mittwoch, den 12. ds. Mts.** ab abgegeben: Gegen

Lebensmittelmarke 6	60 Gr. Gries zu 48 Pf. pro Pfd. bei	**Rau u. Burghard**
„ 7	85 Gr. Suppenmehl zu 89 Pf. pro Pfd. bei	**Schwarz, Welker, Rothfuß u. Heußler**
„ 8	100 Gr. Marmelade zu 1 Mk. pro Pfd. bei	**Rau, Heußler, Schwarz u. Schmidt**
„ 9	25 Gr. Grütze und 20 Gr. Graupen zu je 44 Pfg. pro Pfd. bei	**Rau und Luz**
„ 10	85 Gr. Teigwaren zu 66 Pf. pro Pfd. bei	**Schwarz, Welker, Dreyer, Rothfuß und Heußler.**

Den 10. Febr. 1919.

Stadtschultheißenamt.

Pfalzgrafenweiler.

Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Groß- und Schwiegermutter

Anna Maria Katz
geb. Kalmbach

gestern Nacht 11 Uhr nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 72 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten

die Töchter:
Marie Dieterle,
Katharine Kaupp.

Die Schwiegersöhne:
Adam Dieterle, Grömbach,
Friedrich Dieterle, Pfalzgrafenweiler,
Gottlieb Kaupp, Bösingen.

Beerdigung Donnerstag nachm. 2 Uhr.

[Altensteig.

Bestellungen auf

Tabak

nimmt fortwährend an,
das Pfund zu Mk. 7.— ab hier

Jakob Böckle
Rosenstr.

Altensteig.

Einige Rm. dürres, zerkleinertes

Stockholz

zu kaufen gesucht.

Fr. Kohler
Schreinerei.

Altensteig.

Ein Paar fast noch neue

Schneeschuhe
mit Zubehör

verkauft

Wer? sagt die Expd. ds. Bl.

Altensteig.

Einen

Pelzmantel

hat billig zu verkaufen

Chr. Schmid
Hut- und Mützengeschäft.

Altensteig.

Verloren

ging auf der oberen Talstraße oder innerhalb Altensteigs ein brauner

Pelz.

Es wird gebeten, diesen gegen gute Belohnung im Gr. Baum abzugeben.

Gestorbene:
Nagold: Julius Zaiser, Privatmann, 73 Jahre.
Cannstatt: Gotthold Eberbach, Pfarrer a. D., 65 J. (fr. Ebhausen).

Aufforderung zur Bezahlung der Einkommen- und Kapitalsteuer.

Nachdem am 1. Februar d. Js. das letzte Drittel der Einkommen- und Kapitalsteuer für 1918 fällig geworden ist, werden diejenigen Personen, welche ihre Schuldigkeit für 1918 noch nicht vollständig bezahlt haben, dringend ersucht, bis **spätestens 20. ds. Mts.** Zahlung zu leisten. Bei Nichteinhaltung dieser Frist ist zwangsweise Beitreibung zu gewärtigen.

Altensteig, den 10. Febr. 1919.

Kameralamt: Fik.

Losungsbüchlein

empfiehlt die

W. Rieker'sche Buchhdlg.

Zwerenberg.

Die Unterzeichneten beabsichtigen ein Stück

Wald umgraben

zu lassen.

Lusthabende Unternehmer wollen sich melden.

Gottfried Waidelich.
Witw. Kübler.

Grömbach.

Zugelaufen

ist mir ein schwarzer, kleiner

Hund.

Derselbe kann gegen Einrückungsgebühr und Futtergeld abgeholt werden

Georg Oesterle, Gipser.

Ein

Dienstmädchen

für Landwirtschaft wird für sofort

gesucht.

Näheres bei

J. Werner, Nagold.

Mädchen

für die Küche

gesucht

bei hohem Lohn.

Fr. Dr. Rich. Gerstner
Pforzheim, Goethestr. 14.

Rückwände

zu den von uns bezogenen

Neukirchener Abreiß-Kalender

können abgeholt werden

W.